An American Newspaper which stands for American ideals and principles—published in the German language for American citizens who read German

Tägliche Omaha Tribüne

PUBLISHED AND DISTRIBUTED UNDER PERMIT (No. 364), AUTHORIZED BY THE ACT OF OCTOBER 6, 1917, ON FILE AT THE POST OFFICE OF OMAHA, NEBR BY ORDER OF THE PRESIDENT A. S. BURLESON, POSTMASTER-GENERAL

35. Jahrgang. Omaha, Neb., Mittwoch, den 24. Sept. 1919. 8 Seiten.--Nr. 167.

Stahlarbeiterstreik dehnt sich weiter aus

Nebraska State Historical Society

Streiker gewinnen in Martins Ferry, O., ihren ersten Sieg; in Pennsylvania und Chicago kommt es zu Ausschreitungen

Senat wird Donnerstag Untersuchungen einleiten

Chicago, 24. Sept.—Am zweiten Tage des Streiks der Stahlarbeiter haben letztere in Chicago, Youngstown und anderen westlichen Städten an Grund und Boden gewonnen; auch an Gewalttätigkeiten hat es nicht gefehlt. Im Osten hat der Streik indessen nach Berichten der Arbeitgeber nicht an Umfang gewonnen. Aus dem Süden kommen widersprechende Gerüchte. Arbeiterführer behaupten, daß in Birmingham 4000 Arbeiter am Streik sind, während von der andern Seite behauptet wird, daß sie Arbeiter im Ueberfluß haben.

Seitens der Streikführer wird gesagt, daß sich heute früh 387,100 Personen am Streik befinden; die Stahlgesellschaften erklären, daß diese Zahl bedeutend zu hoch gegriffen ist. Die hauptsächlichste der U. S. Steel Corporation in Chicago und Umgegend ist die Illinois Steel Company, welche die Stahlwerke in Gary, Indiana Harbor, East Chicago, South Chicago, North Chicago, Joliet und Milwaukee, beherrscht. Ihre Fabriken umfassen 29 Gebläsehochöfen, 10 Bessemer Schmelzereien, 81 Schmelzöfen, 15 Walzwerke, 25 Hammerwerke, 1 Schienenfabrik, 1 Schraubenfabrik, eine Achsenfabrik, eine Farbenfabrik u. s. w. Außer den Stahlwerken umfaßt die U. S. Steel Corporation eine Reihe von Nebengeschäften, z. B. die Portland Cement Company mit Anlagen in Indiana, Minnesota und Pennsylvania mit einer jährliche Leistungsfähigkeit von 13,500,000 Fässern; ferner die American Steel & Wire Company mit Fabriken in De Kalb, Waukegan, Joliet und Anderson, Ind.; ferner die American Sheet & Tin Plate Company mit ihren Fabriken in Gary und Elwood, Ind. Eine der vorteilhaftesten Besitzungen der U. S. Steel Corporation ist die sogenannte Belt Line Eisenbahn, eine der einträglichsten Bahnen des Landes. Bis jetzt haben sich die Ausständigen noch nicht über ein Hineinziehen dieser Nebenanlagen in den Streik hören lassen.

Am zweiten Tage kam es wieder zu Ausschreitungen. Die Unruhen vom Montag in Newcastle und Farrell wiederholten sich, so daß weitere Staatstruppen dorthin beordert wurden. In Pittsburgh wurden mehrere Personen bei Straßenkämpfen verletzt.

Die Wheeling Steel and Iron Company zu Martins Ferry, O., hat den Forderungen der Streiker nachgegeben und wird die Arbeit in ihren Anlagen binnen kurzem aufnehmen.

Streikbrecher in Chicago wurden heute früh von Streikern angegriffen und mißhandelt. Acht Verletzte wurden nach dem Hospital geschafft.

In dem Streikgebiet des Shenangotales, Pennsylvania, ist der Belagerungszustand erklärt worden. Die Staatstruppen erhielten von einem Menschenhaufen Feuer. Dasselbe wurde erwidert, und John Bandsak wurde erschossen; mehrere andere wurden verwundet.

In Cleveland liegen 80 Prozent der Stahlindustrie darnieder; in Ohio befinden sich angeblich 80,000 Stahlarbeiter am Streik.

Senat stellt Untersuchung an.

Washington, 24. Sept.—Der Senat hat beschlossen, sofort Untersuchungen über die Ursachen des Streiks der Stahlarbeiter anzustellen. Senator Kenyon erklärt, daß E. H. Gary, Präsident der United States Steel Company, zuerst vernommen werden wird. Er wird Donnerstag verhört werden. Auch John Fitzpatrick, Hauptorganisator der Stahlarbeiter, wird an dem genannten Tage ins Verhör genommen werden.

E. H. Gary hat dem Senator Kenyon heute die Nachricht zukommen lassen, daß es ihm nicht möglich sei, Donnerstag zum Verhör zu erscheinen, er werde jedoch im Laufe der nächsten Woche in Washington sein. Der erste Zeuge wird somit Fitzpatrick sein. Von Tag zu Tag werden dann weitere Zeugen vernommen werden.

30,000 Deutsche werden nach Mexiko gehen

Mexikanische Großgrundbesitzer wollen an dieselben ausverkaufen oder deren Teilhaber werden.

Washington, 24. Sept. — Dem deutschen Generalkonsul in Mexiko ist die Nachricht zugegangen, daß demnächst 30,000 deutsche Auswanderer in jenem Lande eintreffen werden. Dies ist die erste größere Gruppe von Deutschen, welche der Einladung der mexikanischen Regierung Folge leistete, welche dieselbe bereits kurz nach der Erklärung des Waffenstillstandes bezüglich der Einwanderung erließ.

Dem Konsul wurde von seiner Regierung mitgeteilt, daß die Auswanderer ausnahmslos gesittete Leute und zum großen Teil erfahrene Handwerker und Fachleute sind, die besonders im Bergbau, dem Anlegen artesischer Brunnen und auch in mechanischer Beziehung als Sachverständige bezeichnet werden können. Er legte diesen Bericht der zuständigen Behörde in der Stadt Mexiko zur weiteren Erwägung vor und erhielt die Antwort, daß die mexikanische Regierung die frühzeitige Ankunft der deutschen Auswanderer mit Freuden begrüße. Gleichzeitig wurden ihm auch Abschriften der Bestimmungen übermittelt, denen sich die Einwanderer unterwerfen müssen.

Offizielle Berichte melden, daß der Gouverneur des Staates Zacatecas dem Ackerbauministerium mitgeteilt hat, daß sich verschiedene Großgrundbesitzer in jener Staat bereit erklärt haben, ihr Besitztum an die Deutschen zu verkaufen, oder auch deren Geschäftsteilhaber im Betrieb derselben zu werden. Aehnliche Nachrichten sind auch von verschiedenen anderen mexikanischen Staaten eingelangt.

Bildung der polnischen Flotte.

London, 23. Sept. — Die Organisierung einer polnischen Marine, die mit der Ratifizierung des Friedens ins Leben treten soll, macht rasche Fortschritte, wie aus polnischen Quellen mitgeteilt wird. Die Flotte soll nach den jetzigen Plänen aus vier geschützten Kreuzern und zwölf Torpedobooten bestehen.

Die Besatzung der Schiffe soll auf 3,500 Mann, einschließlich 150 Offiziere, beziffert werden. Das Kommando wird wahrscheinlich Admiral Porebski erhalten.

Friedenspakt-Gegner bestehen Kraftprobe.

Washington, 24. Sept. — Die Gegner des Friedenspakts bestanden gestern ihre erste Kraftprobe im Senat. Durch Abstimmung wurde die Debatte über das dritte Amendement zum Friedenspakt mit einer Stimmenzahl von 43 gegen 40 Stimmen auf eine Woche vertagt. Die Vorlage ist einer der Anzahl von Anträgen, die von Senator Fall von New Mexiko eingebracht wurden. Das Amendement enthebt die Ver. Staaten der Mitgliedschaft in der belgischen Grenz-Kommission.

Tiroler bereiten Italienern Aergernis

Pflanzen auf höchsten Bergesspitzen ihre Nationalfarben auf, die im Winde flattern.

Wien, 24. Sept. — Von den Spitzen mehrerer der höchsten Berge Tirols flattern heute die Tiroler Landesfarben, die von kühnen Tiroler Bergsteigern dort aufgepflanzt werden sind, um die Italiener, die Besitz von ihrem Lande ergriffen haben, zu ärgern. Trotzdem die italienische Regierung große Belohnungen denjenigen versprochen hat, die die Flaggen herabholen, wagte bisher kein Italiener, das gefahrvolle Unternehmen auszuführen. Diejenigen, die sich die Belohnung verdienen wollten, haben nach mehreren Versuchen von dem Vorhaben abgelassen. Jetzt sind italienische Kampfflieger angewiesen worden, die Flaggen mittels Maschinengewehrkugeln oder Minenwerfer herabzuschießen.

Deutschland soll 18 Oeldampfer erhalten

Paris, 24. September. — Wie hier bekannt wird, ist der amerikanische Unterstaatssekretär Polk, der Leiter der amerikanischen Friedensdelegation, beim Obersten Rat wegen der Zuweisung von 18 Oeldampfern an Deutschland vorstellig geworden, mit denen den deutschen Industrien Oel aus den Vereinigten Staaten zugeführt werden soll. Die Repräsentanten der fünf Großmächte haben bereits früher dieser Ueberweisung zugestimmt und Deutschland hat mit amerikanischen Firmen daraufhin Lieferungskontrakte auf Oel angeschlossen. Der in Brüssel tagende Oberste Handelsrat stieß letzte Woche diese Entscheidung jedoch um und wies Deutschland an, die Oeldampfer zurückzugeben. Da die Vereinigten Staaten bisher nicht in jener Körperschaft vertreten sind, war es Herrn Polk nicht möglich, diese Entscheidung zu verhindern, und er versucht daher gegenwärtig, seinen Plan durch Vermittlung des Obersten Rates in Paris durchzusetzen.

Kohlengräber stellen große Forderungen

Cleveland, O., 24. Sept.—In der gestern hier abgehaltenen Versammlung der vereinigten Kohlengräber von Amerika, die in den Weichkohlengruben arbeiten, wurden nachfolgende Forderungen aufgestellt: 60-prozentige Lohnerhöhung für alle Grubenarbeiter, einen sechsstündigen Arbeitstag für Untergrundarbeit, eine fünftägige Arbeitswoche, eine fünfzig prozentige Lohnerhöhung für Ueberzeit und doppelten Lohn für Arbeit an Sonn- und Feiertagen, und Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Die Konvention vertagte sich hierauf, um das Resultat einer gemeinsamen Lohnskala-Konferenz zwischen den Weichkohlengräbern und deren Arbeitsgebern abzuwarten, welche am Donnerstag in Buffalo abgehalten wird. Wird zwischen den Vertretern der Kohlengräber und der Minenbesitzer ein zufriedenstellendes Abkommen getroffen, dann wird die Konvention in Indianapolis wieder eröffnet werden, um dasselbe anzunehmen oder zu verwerfen. Gelangt man zu keiner Verständigung, dann tritt am 1. November automatisch ein Streik aller Weichkohlengräber in den Ver. Staaten ein, der sich vielleicht auch über Kanada ausdehnen wird.

Kindermörder muß am Galgen sterben

Chicago, Ill., 24. Sept. — Der Hotelnachtwächter Thomas R. Fitzgerald, welcher kürzlich das Geständnis ablegte, am 22. Juli die 6-jährige Janet Wilkinson erwürgt zu haben, wurde vom Richter Crowe im Kriminalgericht zum Tode durch den Strang verurteilt. Fitzgerald bekannte sich gestern schuldig. Er wird am 17. Oktober aufgehängt werden.

Sulzers Nachfolger in Washington

Bern, 24. Sept.—Dr. Larry, Sekretär des politischen Departements in Bern, dürfte Dr. Hans Sulzer als Schweizer Gesandter in Washington ablösen. Dr. Sulzer hat bereits vor längerer Zeit um seine Enthebung von diesem Posten nachgesucht.

Hilfswerk gewinnt an Ausdehnung

Eine Anzahl prominenter Männer als Sammelkomitee ernannt; Arbeit wird sofort aufgenommen.

Der ehemalige Landwehrverein von Columbus gibt seine ganze Kasse her

In Deshler, Nebr., werden $818 kollektiert.

Montag Abend fand im Henshaw Hotel eine Besprechung mehrerer hiesiger Bürger statt, um das Hilfswerk für die Notleidenden in Deutschland und Oesterreich in Stadt und Land weiter auszudehnen und energischer zu betreiben. Personen, die in dieser Sache Erfahrung besitzen, machten gediegene Vorschläge, die beherzigt wurden und die sofort zur Ausführung gelangen werden. An der Spitze des Sammelkomitees steht Herr William Baumer, der Unterkomitees ernannt hat, die nunmehr bei hiesigen Bürgern vorsprechen werden, um sie zu veranlassen, im Interesse der Notleidenden etwas zu tun.

Die Meldung über die hochherzige Handlung der Bürgerschaft Sewards und Stapelhurst's rief lebhaften Beifall wach, und man gibt sich der Hoffnung hin, daß andere Vereinigungen im Staat dem Beispiel folgen werden.

Aus dem heutigen Bericht des Finanzsekretärs geht hervor, daß der ehemalige Landwehrverein von Columbus, Nebr., und Umgegend seine ganze aus $77 bestehende Kasse für die Notleidenden hergegeben hat. Gewiß ein erhabendes Beispiel.

In vielen Ortschaften macht sich eine Bewegung bemerkbar, das Hilfswerk zu fördern; das geht aus mehreren eingelaufenen Briefen hervor. Gut Ding will Weile haben; und wenn es auch in diesem Falle heißt, doppelt gibt, wer schnell gibt, so muß man doch mit den Verhältnissen rechnen. Wir zweifeln nicht, daß der Staat Nebraska mit seiner hochherzigen Bürgerschaft in dem großen Hilfswerk keinem anderen Staate nachstehen wird.

Die nächste Versammlung des Komitees findet am Dienstag, den 30. September, im Musikheim statt.

Deshler übermittelt $818.

Nachstehender Brief ist heute in der Office der Tribüne eingelaufen:

„Werter Herr Peter. — Einliegend, bitte, finden Sie Bankdraft im Betrage von $818. Dieses Geld wurde von den Herren Wm. Struve

(Fortsetzung auf Seite 3.)

Neuigkeiten Zensur im Kapitol eingeführt

Lincoln, Nebr., 24. Sept. —Eine neue und wichtige Neuerung ist im Staats-Kapitol eingeführt worden, die eine merkwürdige Aehnlichkeit mit der Kriegszensur hat. Den Vorstehern der verschiedenen Departements wurde die amtliche Mitteilung gemacht, wonach keine Neuigkeit ohne Zustimmung des Gouverneurs fernerhin ausgegeben werden darf. Ist die Neuigkeit hochwichtig, so ist dieselbe erst dem Gouverneur zu unterbreiten und wenn derselbe die Veröffentlichung für gut befindet, so kann dessen Sekretär solche Nachrichten den Vertretern der Presse zustellen. Man ersieht daraus, daß das berühmte Code-Gesetz verschiedene, bis jetzt noch nicht bekannte Vorteile besitzt, die in ihrem Endergebnis die zentralisierte Gewalt darstellen. Berichterstatter erhalten demnach nur solche Neuigkeit, die gut zensiert, in geeigneten Dosen dem Publikum als zarte Delikatessenspeise dargeboten wird.

Brauereibesitzer geht nach der Schweiz

Poughkeepsie, N. Y., 24. Sept. — Der hiesige Brauereibesitzer William H. Frank hat beschlossen, sich in der Schweiz seßhaft zu machen, um der Prohibition in diesem Lande zu entgehen. Frank ist mehrfacher Millionär.

„Lemon Extract" als Getränk.

Kearney, Nebr., 24. Sept. — Verhaftsbefehle wurden am Samstag gegen die Groceriehändler Gottfried und Fred Geist erlassen, unter der Beschuldigung, „Lemon Extract" als Getränk verkauft zu haben.

Interessantes aus der Bundeshauptstadt

Washington, D. C., 24. Sept. (Spezial-Korrespondenz.) Das Abkommen zwischen Großbritannien und Persien ist im „Congressional Record" veröffentlicht worden, zugleich mit den Darlehen, welche dem Lande gewährt worden sind, und der Korrespondenz, die zwischen der britischen Regierung und dem persischen Premier-Minister, Seiner Hoheit Vossug-ed Dowleh, geführt wurde. Der Vertrag wurde am 9. August in der persischen Hauptstadt, in Teheran, abgeschlossen. Die anglo-russische Vereinbarung vom Jahre 1907, welche Persien in Interessen-Sphären teilte, deren nördliche mit der Hauptstadt Teheran Rußland zufiel, während die südliche unter Kontrolle des indo-britischen Reichs gestellt wurde, ist in diesem neuen Vertrage einfach totgeschwiegen worden. Großbritannien verpflichtet sich in dem Vertrage von Teheran, die „Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit Persien's" absolut zu respektieren. Es übernimmt die Versorgung der persischen Regierung mit „erfahrenen Ratgebern" für die verschiedenen Verwaltungszweige. Die persische Armee, die sich im Zustande völliger Auflösung befindet, wird von England reorganisiert und mit solchen Offizieren und solcher Munition und Ausrüstung moderner Art versehen werden, die eine gemeinsame Kommission militärischer Sachverständiger für nötig erachten werden. Da Persien auf zwei Seiten von britischem Gebiet begrenzt wird, dürfte „die reorganisierte persische Armee" nichts anderes werden, als eine Polizei-Truppe. Sie soll sich namentlich gegen die Bolschewisten und bolschewistische Einflüsse wenden. Zur Durchführung der Reformen leiht England Persien zehn Millionen Dollars, die mit sieben Prozent zu verzinsen sind und durch persische Zölle garantiert werden müssen. „Anglo-persische Unternehmungen", wie Bahnbauten, etc., sollen ermutigt werden. Auch eine „Rektifizierung" der persischen Grenze wird in Aussicht gestellt. Es dürften Persien einige Zugeständnisse gemacht werden, natürlich nicht in der weitgehenden Art, wie sie die persische Delegation zur Pariser Friedenskonferenz verlangt hatte. Ihre Ansprüche waren kaum geprüft, noch viel weniger berücksichtigt worden. Die ganze Abmachung läuft auf ein verschleiertes Protektorat hinaus, dessen Zweck es ist, ein für allemal einer Bedrohung Indien's durch Rußland ein Ende zu machen.

* * *

Senator Sherman von Illinois hat den früheren Schatzamtssekretär und General-Direktor der unter Regierungskontrolle gestellten Eisenbahnen, Herrn McAdoo, etwas am Zeuge geflickt. Er teilte auf Grund einer Zeitungs-Notiz mit, daß dem Sohne desselben, Robert H. McAdoo, ein Paß gestohlen worden wäre, der ihn berechtigte, unentgeltlich Eisenbahnfahrten durch's ganze Land zu machen, und zwar in einer „Pullman Car". Der Dieb soll eine ausgedehnte Tour durch das Land gemacht haben. So besuchte er den Yellowstone und Yosemite-Park. Der Verlust wurde durch Ausstellung eines anderen Freipasses für Robert wieder gut gemacht. Der Senator veranlaßte nachträglich die Aufnahme eines Artikels des Baltimorer „Manufacturers' Record" in den „Congressional Record", in welchem auf die erwähnte Zeitungsnotiz Bezug genommen und behauptet wird, Herr McAdoo habe auch für seine Frau, seinen Sohn und seine Tochter Eisenbahn-Freipässe ausstellen lassen, und die wären sicherlich nicht wie er „Special Counsel for the State of New York." Das verstoße gegen das Gesetz und gegen die Ethik. Senator Lellogg von Minnesota teilte mit, daß 5,000 Jahrespässe für die unentgeltliche Benutzung des ganzen Bahnsystems der Vereinigten Staaten ausgestellt worden seien, und das zu einer Zeit, in welcher die Bahnen jeden Dollar gebrauchten, da sie mit Defizit arbeiteten. Senator Robinson von Arkansas nahm Herrn McAdoo in Schutz und erklärte, es wäre des Senats unwürdig, viel Worte über die Pässe zu verlieren, zumal da derselbe sowohl als General-Direktor wie als „Spezial-Anwalt für den Staat New York" keine Vergütung für die von ihm geleisteten Dienste beansprucht oder erhalten hätte. Senator Smooth von Utah beantragte Weiterführung der Geschäfte des Senats, und damit schloß das kleine Intermezzo.

Von Senator John Sharp Wil-

(Fortsetzung auf Seite 4.)

Wilson bleibt bei seiner Ansicht

Behauptet, daß nur eine schleunige Ratifikation des Vertrags mit den Arbeiterbestimmungen Arbeiterwirren heben könne

Betrachtet den Streik als eine sehr ernste Sache

Auf dem Präsidentenzuge auf dem Weg nach Cheyenne, Wyo., 24. Sept. — Ratifikation des Friedensvertrags mit den Arbeiterbestimmungen wird Männer instand setzen, den Krieg zu vergessen und den Weg zu einer industriellen Demokratie bahnen, wodurch Arbeiterwirren, wie der gegenwärtige Stahlarbeiterstreik, verhindert werden. Von dieser Meinung ist heute Präsident Wilson durchdrungen.

Dieses ist seine Stellung nicht gegen den Streik der Stahlarbeiter allein, sondern gegen die Arbeiterwirren im allgemeinen, welchen gegenüber er ein absolutes Schweigen bewahrt. Der Präsident, welcher vorher versucht hat, den Streik abzuwenden, ist entschlossen, nicht eher seine Hilfe anzubieten, bis beide Parteien bereit sind, ihn um seine Vermittelung zu ersuchen. Dann liegt die Wahrscheinlichkeit nahe, daß er einen Waffenstillstand bis zur Zeit der industriellen Konferenz am 6. Oktober in Washington in Vorschlag bringen wird.

Wilson ist der Ueberzeugung, daß der „Abkühlungsprozeß", der in der Völkerliga - Konstitution zwecks Beilegung von internationalen Streitigkeiten angewendet werden soll, auch für industrielle Dispute geeignet ist, und daß, wenn beiderseitige Vertreter zusammenkommen und die Angelegenheit besprechen, eine Beilegung der Streitfragen erzielt werden wird.

Sollten die Arbeiter ihn anrufen, zu vermitteln, dann ist es möglich, daß er deren Arbeitgeber informieren wird, daß er willens ist, zu handeln, vorausgesetzt, auch diese wünschen dieses. Immerhin ist der Präsident über die Absage seines früher gemachten Vermittelungsangebots etwas verschnupft.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Präsident den Streik der Stahlarbeiter als eine äußerst ernste Sache betrachtet. Er hat wiederholt gewarnt, daß sich die Unrast unter den Arbeitern infolge der Hinhaltung der Ratifikation des Friedensvertrags immer mehr verbreitet, und daß diese Unrast ihren Weg aus Europa nach Amerika gefunden habe.

Wilson in Salt Lake City.

Der Präsidentenzug traf gestern um 4:30 Uhr nachmittags in Salt Lake City ein. Abends hielt Herr Wilson im Mormonentempel eine Rede, in welcher er unter anderem sagte, daß die beabsichtigten Amendements und Einwände dem Vertrag „das Herz herausschneiden" würden. Diejenigen, die dem Vertrag opponieren, sagte der Präsident, tun nur Deutschland damit einen Gefallen. Er wisse aus Quellen, die nur dem Staatsdepartement offen stehen, man bete in Deutschland, daß die Ver. Staaten der Liga nicht beitreten würden. Herr Wilson kam auch auf den Schantungvertrag zu sprechen, versichernd, daß die Völkerliga das Interesse Chinas wahre.

Farmer als Delegaten zur Industriekonferenz

Washington, 24. Sept.—Das Arbeitsdepartement machte gestern die Namen jener Delegaten bekannt, welche von den führenden landwirtschaftlichen Vereinigungen zum Besuch der Industriekonferenz, welche am 6. Oktober hier stattfinden soll, auserwählt wurden. Es sind dies: C. Barret, Union City, Ga., von der Farmers Co-operative Union; J. R. Tittemore, Omoro, Wis., von der American Society of Equity; und T. L. C. Atkinson, Washington, von der National Grange.

Präsident Wilson ist der Ansicht, daß die Industriekonferenz zu weiteren Beratungen führen wird, in denen die wichtigsten Fragen im Industrieleben des Landes in Erwägung gezogen werden dürften. Dies teilte gestern Sekretär Houston in einem Schreiben den verschiedenen landwirtschaftlichen Vereinigungen mit, welche sich bezüglich der Auswahl von Delegaten zur Industriekonferenz an ihn um Auskunft gewendet hatten.

Lincoln, Nebr., 24. Sept.—Gouverneur McKelvie hat an Präsident Wilson nach Cheyenne ein Telegramm gesandt, in welchem er sich über die geringe Vertretung der landwirtschaftlichen Bevölkerung in der Industriekonferenz beschwert. Während den Großindustriellen und der Arbeiterschaft je fünfzehn Delegaten zugebilligt werden, sollen sich die Landwirte mit drei derselben zufrieden geben. Dies ist nach Herrn McKelvie's Ansicht vollständig unzureichend. Der Farmer könnte unter diesen Umständen ebensogut auf irgend welche Vertretung verzichten.

Polen und Ukrainer beanspruchen Galizien

Paris, 24. Sept.—Der Oberste Rat der Friedenskonferenz beschäftigte sich gestern mit der Frage der Zugehörigkeit des früheren österreichisch-ungarischen Kronlandes Galizien, kam indessen zu keiner Entscheidung. Sowohl Polen als auch Ukrainer beanspruchen dieses Gebiet. Paderewski, Polens Premier, argumentierte vor dem Obersten Rat im Interesse Polens.

Die Olympischen Spiele in Antwerpen in 1920

London, 24. Sept.—Das Olympia-Komitee von Großbritannien hat die Einladung von Belgien zur Teilnahme an den Olympischen Spielen in Antwerpen, im Jahre 1920, angenommen.

Regelung der Frachtraten.

Lincoln, Nebr., 24. Sept.—Die Lastauto Frachtraten bildeten das Thema einer Beratung in der Eisenbahn-Kommission. Gewisse Firmen, die große Lastautos besitzen und den Frachtverkehr zwischen den Städten besorgen verlangen Schutz gegen die Konkurrenz von Besitzern kleinerer Autolastwagen, welche solche Fracht oft zu bedeutend ermäßigten Preisen befördern. Die Beschwerdeführer behaupten, daß das Geschäft ein derartiges ist, daß bei der Rückfahrt man oft weniger zu befördern hat und verlangen deshalb eine Regelung der Raten, in Uebereinstimmung mit den Verhältnissen.

Ackerbaubehörde muß umziehen.

Lincoln, Nebr., 24. Sept. — Die Ackerbaubehörde sah sich gezwungen, anderswo eine Office zu mieten, da unter dem Code Gesetz ihres Bleibens im Staatsgebäude nicht möglich war. Infolge der Neuordnung der Dinge mußte sie umziehen, da deren Räume von dem Rat der Sicherheiten in Anspruch genommen wurden; sie schlug ihr Hauptquartier im Lindell Hotel auf. Der Hotelleiter hat vorläufig dem Sekretär Danielson das Ballokal zur Verfügung gestellt und wird dazu den nötigen Umbau vornehmen, um das Lokal verfügbar zu machen.

Zucker steigt im Preis.

Lincoln, Nebr., 24. Sept.—Nach einer Order der Nahrungsmittel - Verwaltung in Lancaster County, kostet der Zucker einen halben Cent mehr als bisher. Dieses will sagen, daß, wenn Jemand im County im Stande ist, überhaupt Zucker kaufen zu können, er einen halben Cent per Pfund mehr dafür bezahlen soll. Viele sind sogar willens mehr zu zahlen, wenn sie nur ein Pfund davon bekommen können und dies ist der Staat, welcher sich brüstet, die größten Rübenzucker Fabriken im Lande zu besitzen.

Wetterbericht

Für Omaha und Umgebung: schon heute abend und Donnerstag, vielleicht auch Freitag, keine Aenderung in der Temperatur.

— Klassifizierte Anzeigen in der Tribüne bringen gute Resultate.